

# Finanzplatz: keine neuen Zugeständnisse ohne Gegenleistung

---

**Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil**

Der Finanzplatz Schweiz hat einen bedeutenden Teil zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen. Nun droht unser Finanzplatz aber drastisch zu schrumpfen, teils wegen der Regulierung, teils wegen der Tiefzinspolitik der Notenbanken, teils wegen zunehmender Rechtsfälle. Dass im Zuge der globalen Finanzkrise der Bankensektor eine strengere Regulierung erfahren würde, überrascht kaum. Die Produktion von neuen Gesetzen und Erlassen weltweit hat nun aber doch ein Ausmass erreicht, das ernsthafte Konsequenzen für die Wirtschaft und unseren Wohlstand haben wird. Auch wenn die Schweiz nur einen Teil der jährlich weltweiten rund 14'000 neuen Regulierungen im Finanzsektor tätigt. Unsere Vorschriften sind wohl die strengsten der Welt, soweit es die Wahrung der Solvenz und Liquidität der Banken aber auch der Funktionsfähigkeit der Märkte anbetrifft. Nun steht aber eine neue Gesetzesflut zum Schutz der Konsumenten und zur Durchsetzung der Steuerkonformität vor der Tür. Viele dieser neuen Vorschriften werden uns angeblich vom Ausland aufgedrängt. Nur wenn wir sie übernehmen, blieben die Chancen auf einen erleichterten EU-Marktzutritt gewahrt. Aufgrund solcher vagen Versprechen haben wir bereits das Kollektivanlagegesetz (KAG) zweimal revidiert. Bis heute haben die Schweizer Banken aber keine Erleichterungen bezüglich EU-Zugang erhalten. Und es ist ganz offensichtlich, dass dies auch auf mittlere Frist nicht der Fall sein wird. Dennoch glaubt der Bundesrat, weitere EU-Regulierungen auch in der Schweiz durchsetzen zu müssen. Im Vordergrund stehen dabei das Finanzdienstleistungsgesetz und das Finanzinfrastrukturgesetz. Diese beiden Gesetze seien Voraussetzung für einen EU-Marktzutritt. Und so wird es wohl weiter gehen. Als nächstes wird uns der Bundesrat wohl weissmachen wollen, dass wir den automatischen Informationsaustausch akzeptieren müssten, damit die Schweizer Finanzinstitute weiterhin Chancen auf einen erleichterten EU-Marktzugang hätten.

Es wäre an der Zeit, dass unser Bundesrat wieder einmal selbständig über den Sinn und Unsinn diverser Regulierungen und unsere Souveränität nachdenken würde. Die EU-Gesetzgebung im Finanzbereich ist offensichtlich zu wenig klug ausgestaltet, wie die anhaltenden gravierenden Probleme zeigen. Warum lässt der Bundesrat zum Beispiel ausländische Finanzinstitute in der Schweiz zu, deren Herkunftsländer nach wie vor die Basler-Vorschriften nicht umzusetzen gewillt sind? Wenn ausländische Banken und Staaten die finanziellen Spielregeln nicht befolgen, dann müssen für Geschäfte mit diesen Gegenparteien wenigstens höhere Eigenmittel gefordert werden. Wenn ausländische Finanzaufsichten nicht in der Lage sind, ihre Fonds zu beaufsichtigen, dann dürfen solche Fonds eben in der Schweiz vertrieben werden. Und schliesslich sollte die Schweiz keine weiteren Zugeständnisse in Steuerfrage mehr machen, ohne Gegenleistung in Form eines gesicherten Marktzuganges.